

Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Vorsorgeausgleich bei Scheidung)

Änderung vom ...

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, nach
Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...,
beschliesst:*

I.

Das Zivilgesetzbuch¹ wird wie folgt geändert:

Art. 89^{bis} Abs. 6 Ziff. 4a (neu)

⁶Für Personalfürsorgestiftungen, die auf dem Gebiet der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge tätig sind, gelten überdies die folgenden Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982² über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge über:

4a. die Zustimmung bei Kapitalabfindung (Art. 37a),

Art. 111 Abs. 1

¹Verlangen die Ehegatten gemeinsam die Scheidung und reichen sie eine vollständige Vereinbarung über die Scheidung mit den erforderlichen Belegen und mit gemeinsamen Anträgen hinsichtlich der Kinder und der beruflichen Vorsorge ein, so hört das Gericht sie getrennt und zusammen an; es überzeugt sich davon, dass das Scheidungsbegehren und die Vereinbarung auf freiem Willen und reiflicher Überlegung beruhen und die Vereinbarung voraussichtlich genehmigt werden kann.

SR

¹ SR 210

² SR 831.40

2009-.....

Artikel 122

D. Berufliche
Vorsorge
I. Grundsatz

Die während der Ehe erworbenen Ansprüche gegenüber einer Einrichtung der beruflichen Vorsorge sind bei der Scheidung hälftig zu teilen (Vorsorgeausgleich).

Artikel 123

II. Ausnahmen

¹Von der hälftigen Teilung kann das Gericht aus wichtigen Gründen abweichen. Ein wichtiger Grund liegt namentlich dann vor, wenn:

1. die hälftige Teilung aufgrund der güterrechtlichen Auseinandersetzung oder der wirtschaftlichen Verhältnisse nach der Scheidung nicht angemessen wäre oder
2. die Voraussetzungen erfüllt sind, um einem Ehegatten den nachehelichen Unterhalt wegen offensichtlicher Unbilligkeit zu verweigern.

²Ein Ehegatte kann zusätzlich in der Vereinbarung auf den Vorsorgeausgleich ganz oder teilweise verzichten, wenn:

1. es sich um geringfügige Beträge handelt;
2. der zu übertragende Betrag auf andere Weise für die Alters- und Invalidenvorsorge sichergestellt wird; oder
3. eine den Verhältnissen angemessene Alters- und Invalidenvorsorge auf andere Weise gewährleistet ist.

³Eine überhälftige Teilung ist nur zulässig, wenn der begünstigte Ehegatte nacheheliche Betreuungsaufgaben wahrnimmt, der dadurch belastete Ehegatte trotzdem über eine den Verhältnissen angemessene Alters- und Invalidenvorsorge verfügt und die hälftige Teilung aufgrund der güterrechtlichen Auseinandersetzung oder der wirtschaftlichen Verhältnisse nach der Scheidung unbillig wäre.

Art. 124

III. Berechnung

¹Die Höhe der Ansprüche gegenüber der Einrichtung der beruflichen Vorsorge richtet sich nach dem Bundesgesetz über die Freizügigkeit vom 17. Dezember 1993³.

²Mitüberücksichtigen sind namentlich Ansprüche aus Ruhegehaltsordnungen sowie Barauszahlungen und Kapitalabfindungen, die ein Ehegatte während der Ehe erhalten hat.

Artikel 124a

IV. Durchführung

¹Der Vorsorgeausgleich erfolgt in Form einer Austrittsleistung im Sinn des Freizügigkeitsgesetzes vom 17. Dezember 1993⁴.

³ SR 831.42

⁴ SR 831.42

²Kann für den Vorsorgeausgleich nicht auf Mittel der beruflichen Vorsorge zurückgegriffen werden oder erweist sich ein solcher Rückgriff aufgrund der Vorsorgebedürfnisse als nicht angemessen, so hat der verpflichtete Ehegatte den Ausgleich durch eine Kapitalzahlung oder mittels Ausrichtung einer Unterhaltsrente zu leisten.

³Stehen den Ehegatten gegenseitig Ansprüche zu, so ist nur der Differenzbetrag zu teilen.

II.

Die Änderung bisherigen Rechts wird im Anhang geregelt.

III.

¹Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

²Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Änderung anderer Erlasse

Die nachstehenden Bundesgesetze werden wie folgt geändert:

1. Obligationenrecht⁵

Art. 331*d* Abs. 5

⁵Ist der Arbeitnehmer verheiratet, so ist die Verpfändung nur zulässig, wenn sein Ehegatte schriftlich zustimmt. Kann er die Zustimmung nicht einholen oder wird sie ihm verweigert, so kann er das Zivilgericht anrufen. Die gleiche Regelung gilt bei eingetragenen Partnerschaften.

Art. 331*e* Abs. 5 und 6

⁵Ist der Arbeitnehmer verheiratet, so ist der Bezug nur zulässig, wenn sein Ehegatte schriftlich zustimmt. Wird nach dem Vorbezug für Wohneigentum ein Grundpfandrecht begründet, so ist auch hierfür die schriftliche Zustimmung notwendig. Kann er die Zustimmung nicht einholen oder wird sie ihm verweigert, so kann er das Zivilgericht anrufen. Die gleiche Regelung gilt bei eingetragenen Partnerschaften.

⁶Werden Ehegatten vor Eintritt eines Vorsorgefalles geschieden, so gilt der Vorbezug als Freizügigkeitsleistung und wird nach den Artikeln 122-124*a* des Zivilgesetzbuches⁶, nach Artikel 280 der Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008⁷ und nach Artikel 22 FZG geteilt. Nach Eintritt eines Vorsorgefalls wird er nach Artikel 124 Absatz 2 ZGB⁸ berücksichtigt. Die gleiche Regelung gilt bei gerichtlicher Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft.

2. Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008⁹

Art. 281 Abs. 1

¹Stellen die Ehegatten keine gemeinsamen Anträge, stehen jedoch die massgeblichen Austrittsleistungen fest, so entscheidet das Gericht nach

⁵ SR 220

⁶ SR 210

⁷ SR...; BBl 2009 21

⁸ SR 210

⁹ SR ...; BBl 2009 21

den Vorschriften des ZGB¹⁰ über das Teilungsverhältnis (Art. 122-124a ZGB in Verbindung mit den Art. 22-22d des Freizügigkeitsgesetzes vom 17. Dezember 1993¹¹), holt bei den beteiligten Einrichtungen der beruflichen Vorsorge unter Ansetzung einer Frist die Bestätigung über die Durchführbarkeit der in Aussicht genommenen Regelung ein und legt den zu überweisenden Betrag fest.

3. Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht¹²

Art. 61

Scheidung und Trennung unterstehen schweizerischem Recht.

Art. 64 Abs. 1*bis* (neu)

^{1*bis*} Für Klagen auf Ergänzung oder Abänderung von Entscheidungen in Bezug auf die Teilung der Ansprüche der beruflichen Vorsorge sind die schweizerischen Gerichte am Sitz der Vorsorgeeinrichtung zuständig, sofern kein Gericht nach Absatz 1 zuständig ist. Eine Ergänzung ist zulässig, soweit die ausländische Entscheidung ein Vorsorgeguthaben nicht berücksichtigt.

4. Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge¹³

Art. 15 Abs. 1 Bst. c (neu)

¹Das Altersguthaben besteht aus:

- c. den Altersguthaben samt Zinsen, die im Rahmen des Vorsorgeausgleichs nach den Artikeln 122-124a ZGB¹⁴ überwiesen wurden.

Art. 30c Abs. 5 und 6

⁵Ist der Versicherte verheiratet oder lebt er in eingetragener Partnerschaft, so ist der Bezug nur zulässig, wenn sein Ehegatte, seine einge-

¹⁰ SR 210

¹¹ SR 831.42

¹² SR 291

¹³ SR 831.40

¹⁴ SR 210

tragene Partnerin oder sein eingetragener Partner schriftlich zustimmt. Wird nach dem Vorbezug für Wohneigentum ein Grundpfandrecht begründet, so ist auch hierfür die schriftliche Zustimmung notwendig. Kann er die Zustimmung nicht einholen oder wird sie ihm verweigert, so kann er das Zivilgericht anrufen.

⁶Werden Ehegatten vor Eintritt eines Vorsorgefalles geschieden, so gilt der Vorbezug als Freizügigkeitsleistung und wird nach den Artikeln 122-124a des Zivilgesetzbuches¹⁵, nach Artikel 280 der Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008¹⁶ und nach Artikel 22 FZG geteilt. Nach Eintritt eines Vorsorgefalls wird er nach Artikel 124 Absatz 2 ZGB¹⁷ berücksichtigt. Die gleiche Regelung gilt bei eingetragenen Partnerschaften.

Art. 30d

⁶Zurückbezahlte Beträge werden nach Massgabe der Verhältnisse beim Vorbezug proportional dem Altersguthaben nach Artikel 15 und dem überobligatorischen Guthaben zugeordnet.

Art. 37 Abs. 5

streichen

Art. 37a Zustimmung bei Kapitalabfindung

¹Ist der Versicherte verheiratet oder lebt er in eingetragener Partnerschaft, so ist die Auszahlung der Kapitalabfindung nach Artikel 37 Absätze 2 und 4 nur zulässig, wenn der Ehegatte, die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner schriftlich zustimmt. Kann er die Zustimmung nicht einholen oder wird sie ihm verweigert, so kann er das Zivilgericht anrufen.

²Die Vorsorgeeinrichtung schuldet auf der Kapitalabfindung so lange keinen Zins, als der Versicherte die Zustimmung nach Absatz 1 nicht beibringt.

Art. 49 Abs. 2 Ziff. 5a (neu)

²Gewährt eine Vorsorgeeinrichtung mehr als die Mindestleistungen, so gelten für die weiter gehende Vorsorge die Vorschriften über:

5a. die Zustimmung bei Kapitalabfindung (Art. 37a),

¹⁵ SR 210

¹⁶ SR...; BBl 2009 21

¹⁷ SR 210

Art. 60 Abs. 7 (neu)

⁷Die Auffangeinrichtung nimmt die Aufgabe nach Art. 22e FZG¹⁸ wahr.

5. Freizügigkeitsgesetz vom 17. Dezember 1993¹⁹

Art. 5 Abs. 3

³Kann die Zustimmung nicht eingeholt werden oder wird sie ohne triftigen Grund verweigert, so kann das Zivilgericht angerufen werden. Die Vorsorgeeinrichtung schuldet auf der Barauszahlung so lange keinen Zins, als der Vorsorgenehmer die Zustimmung nicht beibringt.

Art. 22 Ehescheidung vor dem Eintritt eines Vorsorgefalls
a. Grundsatz

¹Bei Ehescheidung werden die für die Ehedauer zu ermittelnden Austrittsleistungen nach den Artikeln 122-124a des Zivilgesetzbuches²⁰ (ZGB) sowie den Artikeln 280 und 281 der Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008²¹ geteilt; die Artikel 3-5 sind auf den zu übertragenden Betrag sinngemäss anwendbar.

Abs. 2 und 3

unverändert

⁴Die Ehegatten oder das Gericht können einen Stichtag bestimmen, der für die Berechnung der Austrittsleistungen bei Scheidung massgebend ist. Liegen zwischen Stichtag und Rechtskraft des Scheidungsurteils mehr als sechs Monate, so muss die Berechnung aktualisiert werden.

⁵Haben während der Ehe Vorbezüge für Wohneigentum nach Artikel 30c BVG²² und 331e OR²³ stattgefunden, so werden der Zinsverlust und der Kapitalabfluss dem vorehelichen und dem bis zum Bezug geäufteten ehelichen Vorsorgeguthaben anteilmässig belastet. Der Bundesrat regelt in einer Verordnung die Einzelheiten zu Berechnung und Durchführung des Vorsorgeausgleichs. Er stellt der Praxis Hilfsmittel zur Verfügung.

¹⁸ SR 831.42

¹⁹ SR 831.42

²⁰ SR 210

²¹ SR ...; BBl 2009 21

²² SR 831.40

²³ SR 220

Art. 22b c. Gewährleistung der obligatorischen Vorsorge. Wiedereinzahlung

¹Die zu übertragende Austrittsleistung wird bei der Vorsorgeeinrichtung des verpflichteten Ehegatten anteilmässig dem Altersguthaben nach Artikel 15 BVG²⁴ und dem überobligatorischen Guthaben belastet und bei der Vorsorgeeinrichtung oder Freizügigkeitseinrichtung des berechtigten Ehegatten im gleichen Verhältnis dem obligatorischen beziehungsweise überobligatorischen Guthaben zugeordnet. Die Freizügigkeitseinrichtungen halten fest, wie sich die Austrittsleistung auf Altersguthaben und das überobligatorische Guthaben verteilt.

²Die Vorsorgeeinrichtung hat nach der Ehescheidung dem verpflichteten Ehegatten die Möglichkeit zu gewähren, im Rahmen der übertragenen Austrittsleistung Beträge wieder einzubezahlen. Die Bestimmungen über den Eintritt in die Vorsorgeeinrichtung gelten sinngemäss. Die wieder einbezahlten Beträge werden nach Massgabe der Verhältnisse bei der Scheidung proportional dem Altersguthaben nach Artikel 15 BVG²⁵ und dem überobligatorischen Guthaben zugeordnet.

Art. 22c d. Ehescheidung bei laufender Invalidenrente

¹Bei laufender Invalidenrente wird die Austrittsleistung analog den Artikeln 15-17 und aufgrund desjenigen versicherten Lohns berechnet, der der Invalidenleistung zugrunde gelegt wurde. Im Übrigen gelten die Artikel 22 und 22a.

²Die Vorsorgeeinrichtung berechnet die Rente des verpflichteten Ehegatten neu; sie folgt dabei ihren eigenen Grundlagen.

Art. 22d e. Ehescheidung bei laufender Altersrente

¹Wird zum Zeitpunkt der Scheidung eine Altersrente ausgerichtet, so entspricht die Austrittsleistung ihrem reglementarischen Rentenbarwert, jedoch höchstens der Austrittsleistung unmittelbar vor dem Rentenbeginn.

²Der Rentenbarwert zum Zeitpunkt der Scheidung wird im Verhältnis der Austrittsleistung zum Zeitpunkt der Heirat und der Austrittsleistung zum Zeitpunkt des Rentenbeginns geteilt. Im Übrigen gelten die Artikel 22 und 22a sinngemäss.

³Die Vorsorgeeinrichtung berechnet die Rente des verpflichteten Ehegatten neu; sie folgt dabei ihren eigenen Grundlagen.

²⁴ SR 831.40

²⁵ SR 831.40

Art. 22e f. Umwandlung der Austrittsleistung in eine Rente

¹Die berechtigte Person kann verlangen, dass die Austrittsleistung nach Artikel 124a Absatz 1 ZGB²⁶ an die Auffangeinrichtung überwiesen wird.

²Diese Austrittsleistung samt Zins wird auf Verlangen der berechtigten Person in eine Altersrente umgewandelt. Diese kann frühestens fünf Jahre vor Erreichen des Rentenalters nach Artikel 13 Absatz 1 bezogen werden.

³Die Berechnung der Rente erfolgt nach den Grundlagen der Auffangeinrichtung.

⁴Im Übrigen untersteht das Guthaben den gleichen Bestimmungen wie die Guthaben, die nach Artikel 4 Absatz 2 der Auffangeinrichtung überwiesen werden.

Art. 22f

bisheriger Art. 22d

Art. 24a Meldepflicht der Einrichtungen

Vorsorgeeinrichtungen und Einrichtungen, welche Freizügigkeitskonten oder -policen führen, melden der Zentralstelle 2. Säule jährlich alle versicherten Personen.

Art. 24b

aufgehoben

Art. 25a Abs. 1

¹Kann das Scheidungsgericht über die Teilung der Anwartschaften der beruflichen Vorsorge nicht abschliessend entscheiden, so hat das am Ort der Scheidung nach Artikel 73 Absatz 1 BVG²⁷ zuständige Gericht gestützt auf den vom Scheidungsgericht bestimmten Teilungsschlüssel die Teilung von Amtes wegen durchzuführen, nachdem ihm die Streitsache überwiesen worden ist (Art. 281 Abs. 2 ZPO²⁸).

²⁶ SR 210

²⁷ SR 831.40

²⁸ SR ...; BBl 2009 21

Code civil suisse

(Partage de la prévoyance professionnelle en cas de divorce)

Modification du ...

*L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,
vu le message du Conseil fédéral du ...,
arrête:*

I.

Le code civil est modifié comme suit:

Art. 89^{bis}, al. 6, ch. 4a (nouveau)

⁶Les fondations de prévoyance en faveur du personnel, dont l'activité s'étend au domaine de la prévoyance vieillesse, survivants et invalidité, sont en outre régies par les dispositions suivantes de la loi fédérale du 25 juin 1982¹ sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité:

4a. le consentement en cas de prestation en capital (art. 37a),

Art. 111, al. 1

¹Lorsque les époux demandent le divorce par une requête commune et produisent une convention complète sur les effets de leur divorce, accompagnée des documents nécessaires et de leurs conclusions communes relatives aux enfants et à la prévoyance professionnelle, le juge les entend séparément et ensemble; il s'assure que c'est après mûre réflexion et de leur plein gré qu'ils ont déposé leur requête et conclu une convention susceptible d'être ratifiée.

RS

¹ RS 831.40

2009-.....

Art. 122

D. Prévoyance
professionnelle
I. Principe

Les prestations acquises durant le mariage à l'encontre d'une institution de prévoyance professionnelle sont partagées par moitié (partage de la prévoyance professionnelle).

Art. 123

II. Exceptions

¹Le juge peut déroger au principe du partage par moitié s'il existe des motifs importants, notamment lorsque:

1. ce partage s'avère inéquitable pour des motifs tenant à la liquidation du régime matrimonial ou à la situation économique des époux après le divorce,
2. le refus de l'entretien après le divorce à un époux constitue une injustice manifeste.

²Un époux peut, par convention, renoncer en tout ou en partie à la prévoyance (partage de la prévoyance professionnelle) lorsque :

1. les montants sont de peu d'importance;
2. l'époux débiteur assure la prévoyance vieillesse et invalidité d'une autre manière;
3. l'époux bénéficiaire dispose déjà d'une prévoyance vieillesse et invalidité équitable.

³Un partage de plus de la moitié n'est autorisé que si l'époux bénéficiaire assure une prise en charge d'un parent après le mariage, que l'époux débiteur bénéficie d'une prévoyance vieillesse et invalidité équitable, et que le partage par moitié s'avère inéquitable pour des motifs tenant à la liquidation du régime matrimonial ou à la situation économique des époux après le divorce.

Art. 124

III. Calcul

¹Le montant des prétentions à l'encontre de l'institution de prévoyance professionnelle se calcule selon les dispositions de la loi du 17 décembre 1993 sur le libre passage².

²Sont prises en considération notamment les prétentions relatives aux régimes de retraite, aux paiements en espèces et aux indemnités en capital acquises par un époux pendant le mariage.

Art. 124a

IV. Exécution

¹Le partage de la prévoyance professionnelle est réalisé sous forme d'une prestation de sortie au sens de la loi du 17 décembre 1993 sur le libre passage³.

² RS 831.42

³ RS 831.42

²Lorsque le partage de la prévoyance professionnelle ne peut pas être réalisé au moyen de la prévoyance professionnelle ou lorsque cette solution s'avère inéquitable au regard des exigences de la prévoyance, l'époux débiteur doit réaliser le partage par un paiement en capital ou par le versement d'une contribution alimentaire.

³S'il y a réciprocité des prétentions des époux, seule la différence doit être partagée.

II.

La modification du droit actuel est réglé dans une annexe.

III.

¹La présente loi est sujette au référendum.

²Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

Modification du droit en vigueur

Les lois mentionnées ci-après sont modifiées comme suit:

1. Code des obligations⁴

Art. 331*d*, al. 5

⁵Lorsque le travailleur est marié, la mise en gage n'est autorisée que si le conjoint donne son consentement écrit. S'il n'est pas possible de recueillir ce consentement ou s'il est refusé, le travailleur peut en appeler au tribunal civil. Cette disposition s'applique aux partenaires enregistrés.

Art. 331*e*, al. 5 et 6

⁵Lorsque le travailleur est marié, le versement est autorisé uniquement si le conjoint donne son consentement écrit. Celui-ci est également nécessaire si un droit de gage immobilier est constitué après le versement anticipé. S'il n'est pas possible de recueillir ce consentement ou s'il est refusé, le travailleur peut en appeler au tribunal civil. Cette disposition s'applique aux partenaires enregistrés.

⁶Lorsque les époux divorcent avant la survenance d'un cas de prévoyance, le versement anticipé est considéré comme une prestation de libre passage et est partagé conformément aux art. 122 à 124*a* du code civil⁵, à l'art. 280 du code de procédure civile du 19 décembre 2008⁶ et à l'art. 22 LFLP. Après la survenance d'un cas de prévoyance, il est pris en compte conformément à l'art. 124, al. 2, CC⁷. Cette disposition est applicable en cas de dissolution judiciaire du partenariat enregistré.

⁴ RS 220
⁵ RS 210
⁶ RS...; FF 2009 21
⁷ RS 210

2. Code de procédure civile du 19 décembre 2008⁸

Art. 281, al. 1

¹Si les époux ne prennent pas de conclusions communes mais si le montant des prestations de sortie est fixé, le tribunal statue sur le partage conformément aux dispositions du CC⁹ (art. 122 à 124a CC, en relation avec les art. 22 à 22d de la loi du 17 décembre 1993 sur le libre passage¹⁰), demande aux institutions de prévoyance professionnelle concernées, en leur fixant un délai à cet effet, une attestation du caractère réalisable du régime envisagé et établit le montant à transférer.

3. Loi fédérale du 18 décembre 1987 sur le droit international privé¹¹

Art. 61

Le divorce et la séparation de corps sont régis par le droit suisse.

Art. 64, al. 1bis (nouveau)

^{1bis}Si aucun tribunal n'est compétent en vertu de l'al. 1, les tribunaux suisses du siège de l'institution de prévoyance sont compétents pour connaître des actions en complément ou en modification des décisions de partage des prétentions relevant de la prévoyance professionnelle. Un complément peut être prononcé si un avoir de prévoyance n'a pas été pris en compte par la décision étrangère.

⁸ RS ...; FF 2009 21

⁹ RS 210

¹⁰ RS 831.42

¹¹ RS 291

4. Loi fédérale du 25 juin 1982 sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité ¹²

Art. 15, al. 1, let. c (nouvelle)

¹L'avoir de vieillesse comprend:

- c. l'avoir de vieillesse transféré dans le cadre du partage de la prévoyance professionnelle selon les art. 122 à 124a du code civil¹³, avec les intérêts.

Art. 30c Abs. 5 und 6

⁵Lorsque l'assuré est marié ou lié par un partenariat enregistré, le versement n'est autorisé que si le conjoint ou le partenaire enregistré donne son consentement écrit. Celui-ci est également nécessaire si un droit de gage immobilier est constitué après le versement anticipé. S'il n'est pas possible de recueillir ce consentement ou s'il est refusé, l'assuré peut en appeler au tribunal.

⁶Si les époux divorcent avant la survenance d'un cas de prévoyance, le versement anticipé est considéré comme une prestation de libre passage; il est partagé conformément aux art. 122 à 124a du code civil (CC)¹⁴, à l'art. 280 du code de procédure civile du 19 décembre 2008¹⁵ et à l'art. 22 de la loi du 17 décembre 1993 sur le libre passage (LFLP)¹⁶. Après la survenance d'un cas de prévoyance, il est pris en compte conformément à l'art. 124, al. 2, CC. Cette disposition est applicable en cas de dissolution du partenariat enregistré.

Art. 30d, al. 6

⁶Les montants remboursés sont répartis entre l'avoir de vieillesse au sens de l'art. 15 LPP et l'avoir surobligatoire dans la même proportion qu'au moment du versement anticipé.

Art. 37, al. 5

Biffer

Art. 37a Consentement au versement en capital

¹Lorsque l'assuré est marié ou lié par un partenariat enregistré, le versement de la prestation en capital selon l'art. 37, al. 2 et 4, n'est possible que si le conjoint ou le partenaire enregistré donne son consente-

¹² RS 831.40

¹³ RS 210

¹⁴ RS 210

¹⁵ RS ... ; FF 2009 21

¹⁶ RS 831.42

ment écrit. S'il n'est pas possible de recueillir ce consentement ou s'il est refusé, l'assuré peut en appeler au juge.

²L'institution de prévoyance ne doit pas d'intérêts sur la prestation en capital tant que l'assuré ne lui a pas fait part du consentement requis par l'al. 1.

Art. 49, al. 2, ch. 5a (nouveau)

²Lorsqu'une institution de prévoyance étend la prévoyance au-delà des prestations minimales, s'appliquent à la prévoyance plus étendue les dispositions régissant:

5a. le consentement au versement en capital (art. 37a),

Art. 60, al. 7 (nouveau)

⁷L'institution supplétive remplit la tâche qui lui incombe selon l'art. 22e LFLP.

5. Loi fédérale du 17 décembre 1993 sur le libre passage¹⁷

Art. 5, al. 3

³S'il n'est pas possible de recueillir ce consentement ou si le conjoint le refuse sans motif légitime, l'assuré peut en appeler au tribunal civil. L'institution de prévoyance ne doit pas d'intérêts sur le versement en espèces tant que l'assuré ne lui a pas fait part du consentement.

Art. 22 Divorce avant la survenance d'un cas de prévoyance
a. Principe

¹En cas de divorce, les prestations de sortie acquises durant le mariage sont partagées conformément aux art. 122 à 124a du code civil (CC)¹⁸ et des art. 280 et 281 du code de procédure civile du 19 décembre 2008 (CPC)¹⁹; les art. 3 à 5 de la présente loi s'appliquent par analogie au montant à transférer.

Al. 2 et 3

Inchangés

⁴Les époux ou le juge peuvent fixer un jour déterminant pour le calcul des prestations de sortie en cas de divorce. Lorsqu'il s'écoule plus de

¹⁷ RS 831.42

¹⁸ RS 210

¹⁹ RS ... ; FF 2009 21

six mois entre le jour déterminant et l'entrée en force du jugement de divorce, le calcul doit alors être actualisé.

⁵En cas de versement anticipé (art. 30c LPP²⁰ et 331e du code des obligations²¹) durant le mariage, la perte d'intérêts et la diminution de capital sont répartis proportionnellement entre l'avoir de prévoyance acquis avant le mariage et l'avoir constitué durant le mariage jusqu'au moment du versement. Le Conseil fédéral règle par voie d'ordonnance les détails pour le calcul et l'exécution du partage de la prévoyance professionnelle. Il met un instrument auxiliaire à la disposition des praticiens.

Art. 22b c. Garantie de la prévoyance obligatoire. Rachat

¹La prestation de sortie à transférer doit être prélevée proportionnellement sur l'avoir de vieillesse au sens de l'art. 15 LPP²² et l'avoir surobligatoire dans l'institution de prévoyance de l'époux débiteur et elle doit être répartie proportionnellement entre l'avoir de vieillesse LPP et l'avoir surobligatoire dans l'institution de prévoyance ou dans l'institution de libre passage de l'époux créancier. Les institutions de libre passage doivent déterminer comment la prestation de sortie est répartie entre l'avoir de vieillesse LPP et l'avoir surobligatoire.

²En cas de divorce, l'institution de prévoyance doit accorder au conjoint débiteur la possibilité de racheter la prestation de sortie transférée. Les dispositions sur l'affiliation à une nouvelle institution de prévoyance sont applicables par analogie. Les montants rachetés doivent être répartis entre l'avoir de vieillesse au sens de l'art. 15 LPP et l'avoir surobligatoire dans la même proportion qu'au moment du divorce.

Art. 22c d. Divorce après le début du versement d'une rente d'invalidité

¹Lorsqu'une rente d'invalidité est en cours de versement, la prestation de sortie est calculée en appliquant par analogie les art. 15 à 17 et en reprenant le salaire assuré sur la base duquel a été calculée la rente d'invalidité. Les art. 22 et 22a sont applicables pour le surplus.

²L'institution de prévoyance détermine le nouveau montant de la rente du conjoint débiteur en suivant ses propres bases de calcul.

Art. 22d e. Divorce après le début du versement d'une rente de vieillesse

¹Lorsqu'une rente de vieillesse est en cours de versement au moment du divorce, la prestation de sortie correspond à la valeur capitalisée de la

²⁰ RS 831.40

²¹ RS 220

²² RS 831.40

rente réglementaire, qui ne peut toutefois pas dépasser le montant de la prestation de sortie immédiatement avant le début de la rente.

²La valeur capitalisée de la rente au moment du divorce est partagée proportionnellement au montant de la prestation de sortie au moment du mariage par rapport à celui de la prestation de sortie au moment du début de la rente. Les art. 22 et 22a sont applicables par analogie pour le surplus.

³L'institution de prévoyance détermine le nouveau montant de la rente du conjoint débiteur en suivant ses propres bases de calcul.

Art. 22e f. Conversion de la prestation de sortie en rente

¹Le conjoint créancier de la prestation de sortie selon l'art. 124a, al. 1, CC²³ peut exiger que celle-ci soit transférée à l'institution supplétive.

²Cette prestation de sortie avec les intérêts est transformée en rente de vieillesse sur demande du conjoint créancier. Cette rente peut être perçue au plus tôt cinq ans avant l'âge de la retraite selon l'art. 13, al. 1, LPP²⁴.

³Les bases de calcul de l'institution supplétive déterminent le montant de la rente.

⁴Pour le surplus, cet avoir est soumis aux mêmes dispositions que celles régissant les avoirs transférés à l'institution supplétive conformément à l'art. 4, al. 2.

Art. 22f

Actuel art. 22d

Art. 24a Obligation d'annoncer

Les institutions de prévoyance et les institutions qui gèrent des comptes ou des polices de libre passage annoncent chaque année à la Centrale du 2^e pilier toutes les personnes assurées.

Art. 24b

Abrogé

²³ RS 210
²⁴ RS 831.40

Art. 25a, al. 1

¹Lorsque le juge du divorce n'est pas en mesure de statuer définitivement sur le partage des expectatives de prévoyance professionnelle, le juge du lieu du divorce compétent au sens de l'art. 73, al. 1, LPP²⁵ doit, après que l'affaire lui a été transmise (art. 281, al. 3, CPC²⁶), exécuter d'office le partage sur la base de la clé de répartition déterminée par le juge du divorce.

²⁵ RS **831.40**

²⁶ RS ...; FF **2009** 21